

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, André Trepoll,
Stephan Gamm, Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

Betr.: Überlastung des Justizvollzugs – Potenziale und Erfahrungen von Pensionären bei der Bauaufsicht nutzen!

Trotz der infolge der Ausbildungsinitiative im Justizvollzug erfreulicherweise gesunkenen Vakanzen ist die Personalsituation beim Allgemeinen Vollzugsdienst noch immer sehr angespannt. Dies zeigt auch der hohe Berg an Überstunden, den die Vollzugsbeamten vor sich herschieben; am 31. Dezember 2021 waren es insgesamt knapp 75.000 Stunden, wie sich aus der Drs. 22/6817 ergibt. Daran ändert auch nichts, dass die Senatsvertreter im Justizausschuss am 29. Oktober 2021 im Rahmen der Beratung unseres Antrags, Drs. 22/3723, berichteten, „dass es eine Reihe von Beschäftigten gebe, die sehr gerne Mehrstunden aufbauten, um sie vor dem Ruhestand abzubauen. Es gebe Einzelne, die Hunderte von Mehrstunden angesammelt hätten.“ (Drs. 22/6406). Weit überdurchschnittliche Fehlzeitenquoten und eine hohe Anzahl an Langzeiterkrankten – im November 2021 zum Beispiel 76, Drs. 22/6817 – belasten die angespannte Personalsituation zusätzlich.

Neben zahlreichen Zusatzaufgaben stellt auch die Aufsicht der Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten eine Herausforderung dar. Neben zahlreichen Modernisierungsmaßnahmen in verschiedenen Justizvollzugsanstalten dauert insbesondere der Bau der Jugendanstalt Billwerder noch bis zum Jahre 2025 und bindet werktätlich bis zu drei Bedienstete, wie sich aus der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/7520, ergibt. Gleichwohl beabsichtigt der Senat nicht mehr, wie in der Vergangenheit erfolgreich geschehen, pensionierte AVD-Bedienstete im Rahmen von Minijobs für die Bauaufsicht einzusetzen. „Die Möglichkeit der Beaufsichtigung durch pensionierte Bedienstete im Zuge eines 450-Euro-Vertrages wurde im Juli 2018 initiiert, um den Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) vor dem Hintergrund der damaligen höheren Vakanzen zu entlasten. Zwischenzeitlich zeigt die Einstellungsoffensive im AVD eine deutliche Wirkung. Die personellen Vakanzen der Justizvollzugsanstalten sind durch neu ausgebildete Nachwuchskräfte so weit gesunken, dass eine Unterstützung durch pensionierte Bedienstete nicht mehr erforderlich ist und die Unterstützungsmaßnahme mit Ablauf des 31.12.2021 eingestellt werden konnte.“, teilte der Senat mit. Auch externe Firmen will er nicht zur Bauaufsicht einsetzen.

Das ist inakzeptabel. Die Bauaufsichten binden Personal, das ohnehin auf den Stationen und bei Aus- und Vorfürhungen von Gefangenen fehlt.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Möglichkeit wieder zu schaffen, zur Entlastung des Allgemeinen Vollzugsdienstes pensionierte Bedienstete im Rahmen von 450-Euro-Verträgen mit der Beaufsichtigung von Baumaßnahmen einzusetzen;
2. hilfsweise die Bauaufsicht durch externe Unternehmen durchführen zu lassen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2022 zu berichten.